

Reader

zur Veranstaltung „30 Jahre Mainzer Appell“ am 3.7.2013 mit aktuellen und historischen Dokumenten zur Verantwortung der Wissenschaften und zur Zivilklausel-Bewegung

- **Nachdenken statt Nachrüsten**

Karlsruher Wissenschaftler für den Frieden. Daraus Vorwort (Auszüge), Werner Buckel **Aufwachen und Erkennen** Peter Herrlich **Der Mainzer Konsens der Naturwissenschaftler** 1984 Verlag von Loeper (Seiten 2-4)

- **Freiheit und Verantwortung der Wissenschaft**

Torsten Bultmann (BdWi) Vortrag Uni Köln 02.05.2013 u.a. zur Rolle rückwärts zur Zivilklausel-Position der Landesregierung Baden-Württemberg (Seiten 5-6)

- **Gemeinsame Erklärung CampusGrün & Juso-HSG**

für landesgesetzliche Zivilklausel Baden-Württemberg vom 06.06.2013. Hochschul-Jugend der Regierungsparteien erinnert an Wahlprogramme und persönliche Unterstützung von Kretschmann, Bauer, Schmid für die KIT-Zivilklausel (Seiten 7-8)

- **"Schluss mit der Militarisierung der Köpfe!"** Jens Wernicke für heise telepolis im Interview mit Dietrich Schulze über die größer werdende Bedeutung der Militärforschung an deutschen Universitäten und die wachsende Bedeutung der Zivilklauselbewegung (Seiten 9-10)

- **Whistleblowerin Irma Kreiten** Weltpremiere der Ethnologin am 17.06.13 anlässlich der Ausstellungseröffnung „Whistleblowing - Licht ins Dunkel bringen! Zivilcourage zeigen“ im Karlsruher ver.di-Haus. Ihre Vita mit Gegenwehr gegen Benutzung zur Kriegsforschung an der Uni Tübingen und die folgenschwere Diskriminierung der Wissenschaftlerin. Bewegendes Beispiel von Zivilcourage (Seite 11)

- **Atomare Geschichtsentsorgung** am KIT Karlsruhe. Dietrich Schulze am 26.06.2013 in Neue Rheinische Zeitung online. Kritik an der Verzögerungstaktik zur Aberkennung der Ehrensensorenwürde für den Atomforschungs-Gründungsmanager und Alt-Nazi Rudolf Greifeld. **Symposium für Leon Gruenbaum** (zweimal von Nazis verfolgtes Greifeld-Opfer) mit Beate und Serge Klarsfeld aus Paris (Seiten 12-15)

- **Welche Hochschulen haben die Zivilklausel?** Statistik-Folie zum Vortrag Dietrich Schulze „»Freiheit der Wissenschaft« und Kriegsforschung“ am 14.04.2013 in der MV des BdWi. Fazit: Zwölf Zivilklauseln an Hochschulen, davon sieben seit 2010. (Seite 16)

- Zum Nachlesen: **Web-Dokumentation** der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten und **Streitschrift »Jetzt entrüsten«** über Zivilklausel-Kongress im Juni 2012 am KIT (Seite 16)

1983-2013

30 Jahre Mainzer Appell

NaturwissenschaftlerInnen warnen vor der Stationierung neuer Atomwaffen / Naturwissenschaft und soziale Verantwortung – heute.

[Veranstaltung am 3. Juli 2013 in Mainz](#)

Vor 30 Jahren fand am 2. und 3. Juli 1983 der Kongress „Naturwissenschaftler warnen vor neuer Atomrüstung“ in Mainz statt, der eine außergewöhnliche Öffentlichkeit und Aufmerksamkeit erregte und der Ausgangspunkt für viele weitere Friedensaktivitäten von besorgten NaturwissenschaftlerInnen wurde. Der Appell der Mainzer 23 war ein wesentliches Ergebnis des Kongresses, die Gründung der NaturwissenschaftlerInnenInitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit war eine der Konsequenzen dieses Prozesses.



Zusammenstellung: Dr.-Ing. Dietrich Schulze dietrich.schulze@gmx.de
WebDoku der Initiative: <http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf>
Beiratsmitglied der NaturwissenschaftlerInnen-Friedensinitiative

INITIATIVE
GEGEN ▼ MIL
ITÄRFORSCH
UNG ▼ ANUNI
VERSITÄTEN

VORWORT (Auszug)

Am 20. Oktober 1983, am Tag der Schulen und der Hochschulen in der Friedenswoche, zogen Wissenschaftler der Universität und des Kernforschungszentrums zu einer Kundgebung auf den Karlsruher Marktplatz. Das fiel ihnen nicht leicht. Wissenschaft findet nicht auf dem Markte statt. Wissenschaftler sind keine Marktschreier. Daran mag man ermessen, wie ernst das Engagement dessen ist, der als Wissenschaftler dennoch auf den Markt zieht, um sich dort an den Bürger zu wenden, um ihn aufzurütteln, um ihn zum Nachdenken zu bringen. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wurden in einem "Plenum" im größten Hörsaal der Universität vorgetragen. Für viele oder gar alle Teilnehmer wurde auch dies zu einem neuen Gefühl: **Das Plenum vermittelte das Erlebnis einer wahren Universität.** Staunend wurde man gewahr, daß ausgerechnet die Friedensbewegung es ist, der es gelingt, Studenten, Assistenten und Professoren aus allen Fakultäten zusammenzuführen an einem Ort, wo jeder jedem zuhört, jeder zu allen spricht, Maschinenbauer und Literaturwissenschaftler, Volkswirte und Informatiker, Physiker und Juristen, Genetiker, Bauingenieure, Soziologen, Architekten, Mathematiker, Chemie-Ingenieure, Elektrotechniker und Künstler. Das Erlebnis dieser Gemeinsamkeiten hat dazu beigetragen, daß die Beteiligten mit ihren Beiträgen nunmehr in eine noch größere Öffentlichkeit treten. Das geschieht also in der Hoffnung, daß **ein Hauch von diesem "Geist des 20. Oktobers" auch aus dem gedruckten Wort spürbar werden und weiterwirken möge.**

Werner Buckel

AUFWACHEN UND ERKENNEN!

Unser Land steht vor einer schweren Entscheidung. Es geht um die existentielle Frage, wie der Ausbruch eines Krieges verhindert werden kann. Die Sowjetunion hat in den zurückliegenden Jahren Raketen stationiert, die unser aller Leben bedrohen. Auch die Nato hat Tausende von atomaren Sprengköpfen in Europa gelagert. Dazu kommen die sogenannten strategischen Atomwaffen, die von U-Booten oder von Kontinent zu Kontinent abgefeuert werden können. Die Welt starrt von schrecklichen Waffen. Die Sprengkraft der z.Zt. weltweit gelagerten Atomwaffen ist 10000mal größer als diejenige aller Bomben des 2. Weltkriegs zusammen. Wir können jeden von uns mehrfach töten. Ist das nicht genug Abschreckung, so fragt die Vernunft. So fragen wir alle Verantwortlichen in Ost und West. So fragen mit uns in diesen Wochen Millionen Menschen in Deutschland und in den USA.

Man sagt uns, daß nur eine Nachrüstung mit noch moderneren Tötungsmaschinen das Gleichgewicht und den Frieden sichern könne. Wir wissen, daß auch die Vertreter der sogenannten Nachrüstung nur den Frieden wollen. Niemand will den Krieg! Aber wir meinen, daß die Strategie der Abschreckung zu einer tödlichen Gefahr wird. Diese Strategie entspricht dem militärischen Denken des vorigen Jahrhunderts.

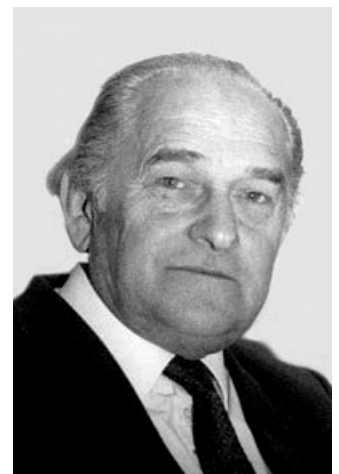
Auf eine einfache Formel gebracht lautet sie: "Wir müssen so stark sein, daß der potentielle Gegner gar nicht erst anfängt". Diese Strategie muß aber das Risiko eines Krieges bewußt einkalkulieren. Und sie tut das, wie 'uns die militärischen Planspiele der letzten Zeit deutlich zeigen.

Da wird von flexibler Erwidern eines Angriffs des Gegners geredet. Auf allen Ebenen, mit konventionellen Waffen, mit Mittelstreckenraketen und mit strategischen Waffen müssen wir flexibel reagieren können, um - so lautet die Begründung - die atomare Schwelle möglichst hoch zu setzen. Das ist die Konzeption des "begrenzbaaren" Krieges, auch des begrenzbaaren Atomkrieges, der im Ernstfall bei uns in Europa stattfinden wird.

Hier wehren wir uns. Es ist nicht Antiamerikanismus, wie man der Öffentlichkeit immer wieder erzählt. Gerade wir Wissenschaftler haben so viele Bindungen zu unseren Kollegen in den USA, wir haben eine so große Hochachtung vor den Leistungen des amerikanischen Volkes, daß wir ganz bestimmt keinen Antiamerikanismus wollen. Aber gerade weil wir die Amerikaner als unsere Freunde ansehen, müssen wir

Nachdenken statt Nachrüsten

Karlsruher Wissenschaftler für den
Frieden, 1984, von Loeper-Verlag



ihnen sagen, daß unsere Lage eine andere ist als die von Amerika. Wir können und dürfen aus nationalem Interesse nicht akzeptieren, die Rolle des Vorpostens zu spielen. Dies aber ist unsere Situation, wenn die Rüstungsspirale, wie nun geplant, auf eine neue Stufe, mit Waffen neuer Qualität weitergedreht wird.

Wir warnen vor diesem Schritt und wir versuchen mit ganzer Kraft, dieser Warnung Gehör zu verschaffen. Die Wissenschaftler waren es, die der Menschheit die Macht über die Natur erschlossen haben, und es ist die Pflicht der Wissenschaftler, nun zu warnen, indem wir immer wieder aufzeigen, welche schrecklichen Folgen die kriegserische Anwendung dieser Naturkräfte hat.

Das alte Militärdenkmal geht immer davon aus, daß die Waffen auch im Ernstfall ein Schutz seien. Wir müssen aufwachen und erkennen: Die Zeit, wo dies galt, ist vorbei. Sie war eigentlich schon im letzten Krieg nicht mehr gültig. Heute zerstören diese Waffen alles, was sie schützen sollten. Mit der Strategie der Abschreckung wird bei diesen Waffen der kollektive Selbstmord als Risiko bewußt in Kauf genommen.

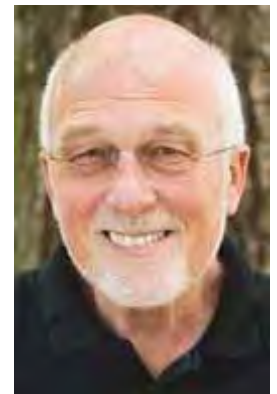
Es macht auch uns keine Freude, immer und immer wieder diese schrecklichen Dinge zu erklären. Auch wir möchten lieber nicht daran glauben. Aber wir dürfen diese Konsequenzen nicht verdrängen. Uns wird von den Verantwortlichen häufig nur die halbe Wahrheit gesagt, nämlich, daß die Abschreckung den Frieden erhalten würde. Was aber geschieht, wenn sie nicht funktioniert, wenn ein Fehler in den komplizierten Überwachungssystemen die Raketen auslöst, wenn eine Seite aus welchen Gründen auch immer meint, nun losschlagen zu müssen?

Alles Möglichkeiten, die in unserer Welt voll Mißtrauen sehr realistisch sind. Was dann geschieht, wird uns nicht gesagt. Das müssen wir unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern sagen.

Peter Herrlich

DER MAINZER KONSENS DER NATURWISSENSCHAFTLER

Seit der ersten Testexplosionen von Atombomben im Jahr 1945 haben Naturwissenschaftler vor den Folgen der Atomwaffenentwicklung und -rüstung gewarnt. Unter den warnenden Stimmen sind sowohl Gruppen von Wissenschaftlern, wie z.B. die Erklärung der Göttinger 18 von 1957, wie auch Einzelaktionen, wie die des Nobelpreisträgers Linus Pauling von 1961, welche half, ein Atomtestabkommen für oberirdische Explosionen auf den Weg zu bringen. Angesichts der sich seit 1978 anbahnenden neuen Rüstungsrunde melden sich wiederum Naturwissenschaftler zu Wort. In der Bundesrepublik versammelten sich am 2./3. Juli 1983 in Mainz 3300 von ihnen, um die technisch-wissenschaftlichen Aspekte der Rüstungssituation zu beraten. Die Erkenntnisse und Sorgen fanden Eingang in einen Appell, dem nach Schätzungen zum November 1983 etwa 10000 deutsche Naturwissenschaftler beipflichten. Der Konsens reicht quer durch alle politischen Gruppen, von sozialdemokratischen bis zu konservativ-katholischen, um nur zwei Beispiele zu nennen. Mehrere Nobelpreisträger unterstützten den Mainzer Kongreß, unter ihnen Fritz Lipmann, Adolf Butenandt und Linus Pauling. Die folgenden Positionen sollen verdeutlichen, was die Naturwissenschaftler geeint hat.



1) Wie die meisten Bürger sind die Naturwissenschaftler alarmiert von der eklatanten Untauglichkeit politischer Instrumente, endlich Abrüstungsschritte zu gehen. Ein besonders augenfälliges Beispiel des politischen Versagens kam in Mainz zur Sprache: Seit Jahren existieren die technischen und vertraglichen Voraussetzungen für ein weltweites überwachtes Atomteststoppabkommen. Bis auf eine kt TNT reichen die seismologischen Nachweismöglichkeiten. Das Netz der seismologischen Stationen hat sogar eine einwöchige Versuchsphase, weltweit, erfolgreich hinter sich. Strittige Punkte wurden ausgeräumt, der Vertragsentwurf liegt in Genf vor. Trotzdem warteten wir bisher vergebens auf den Abschluß. Hier wäre ein Abrüstungsschritt an der Quelle der Waffenentwicklung möglich.

2) Mit der Einführung der Pershing II beginnt eine neue Phase der Rüstung. Mit dieser und sicher bald folgenden Neuentwicklungen auf beiden Seiten, in den USA und in der Sowjetunion, beginnt eine Rüstung völlig neuer Qualität. Kurze Flugzeit und hohe Treffgenauigkeit werden zunehmend Erstschlagoptionen eröffnen. Um sich zu schützen, müßte ein Gegner schon bei Verdacht diese Raketenstellungen vernichten. Die schon bestehende Dichte an Atomwaffen gerade in unserem Land ist schon Risiko genug. Die neuen Waffen werden unsere Sicherheit weiter destabilisieren.

3) Die neuen Waffen sind auf Computerisierung aller Meß-, Entscheidungs- und Abschlußvorgänge angewiesen. Computerfachleute wissen, wie anfällig solche Anlagen sind. Die bestehenden Frühwarnsysteme melden etwa 7 sowjetische Raketenangriffe fehlerhaft pro Monat. Welche Verbesserung der Computer würde uns vor dem *einen* Fehler schützen, der vollautomatisch zum Krieg aus Versehen führt?

4) "Mehr Rüstung bringt mehr Frieden" - die Unlogik dieser Behauptung, die sich auf vermeintliche Friedenserfolge der militärischen Abschreckungshypothese beruft, ist Naturwissenschaftlern besonders klar. Sie empfinden es als Herausforderung, aus diesen Denkschemen auszubrechen, zur Entwicklung alternativer Sicherheitsstrategien aufzurufen und daran mitzuarbeiten.

Jede berufliche Gruppe kann viel beitragen für das Überleben unseres Landes, für das Überleben der Welt. Manches mag mühsam, langfristig, ja auch banal erscheinen. Es sei trotzdem erwähnt. In unserer arbeitsteiligen Gesellschaft sind wir gewöhnt, alles Experten zu überlassen. Aus zwei Gründen kann die Frage der Friedens- und Sicherheitspolitik *nicht* Experten überlassen bleiben: Die Experten sind nicht ausgewiesen. Wie fast überall haben wir oft mit "Experten" zu tun, die sich selbst dazu ernannt haben. Auch wenn wir mit gewisser Sicherheit einen Experten glauben gefunden zu haben, ist das Risiko einer Fehleinschätzung zu groß. Hier handelt es sich nicht um den TÜV und das von ihm abhängige Leben weniger, sondern um das Schicksal von Millionen, das mit einer falschen Entscheidung in Frage steht. In so wichtigen Sachverhalten müssen sich die Bauingenieure selbst informieren, sie dürfen auch den Autor dieses Manuskripts nicht als Experten anerkennen.

Naturwissenschaftler sind prädestiniert, technische Details und Zusammenhänge zu erkennen. Sie können ihre Kenntnisse den naturwissenschaftlichen Laien und den Politikern zur Verfügung stellen – den politischen Willen kann nur die Mehrheit artikulieren und durchsetzen.

Der Autor möchte dazu aufrufen, in so entscheidenden Fragen Einigkeit zu erstreben und konsensfähige Aussagen zu formulieren und öffentlich zu vertreten. Dazu gehört auch, kleinliche Textbedenken zur Seite zu schieben und die schon erfolgreichen Aktionen, wie z.B. den Krefelder Appell, zu unterstützen.

Die Problematik der Friedenssicherung erledigt sich nicht mit dem Herbst 1983. Ganz gewiß nicht. Nur langfristige Friedenserziehung und Friedensarbeit wird helfen, einmal das Ziel wirklichen weltweiten Friedens zu erreichen. Jeder hat seine Chance, beizutragen, im Betrieb, im Architekturbüro, als Elternvertreter in der Schule, in der kirchlichen Gemeinde und eben auch an der Universität. Als Anregung diene das Beispiel einer Ringvorlesung des laufenden Semesters.

Dies leitet schon über zu zwei Gedanken zur Friedensbewegung des Herbstes 1983. Wird sie fundiert und ausdauernd genug sein für eine langfristige Arbeit? über die letzten Monate hat der Autor eine erschreckende Beobachtung gemacht. In vielen Vorträgen vor Studenten, Angehörigen von Kulturbetrieben und Universitäten hat schon das Reizwort "Pershing 11" automatisches Protestmurren erzeugt. Der Autor fürchtet, es könnte sich um einen Pawlow'schen Reflex handeln, ohne Beteiligung einer argumentativen Phase, und er fühlt sich erinnert an ein ähnliches Murren, das in gewissen anderen Gremien entsteht, wenn dort das Reizwort "Ökoinstitut" fällt. Beides ist unwissenschaftlich und unwürdig, solange das Murren nicht Ausdruck eines Unwillens aufgrund guter Detailkenntnisse ist. Die Oberflächlichkeit bringt die Gefahr baldiger Zersplitterung oder gar des "Einschlafens" der Friedensbewegung.

Eine zweite Fußangel könnte ein anderes Phänomen bieten. Es ist natürlich, daß Deutsche über ihre nationale Identität nachdenken. Alarmierend ist allerdings, wenn die nationale Unabhängigkeit gerade gegen die atomare Nachrüstung zum Argument wird. Natürlich wenden wir uns an die Atomgroßmächte, weil unser Land durch die Rüstungsspirale besonders bedroht ist. Die Friedenssehnsucht darf aber nicht ausgenutzt werden, nationale militärische Stärke und Unabhängigkeit zu propagieren

Anmerkungen

A.W. Oughterson u. S. Warren, 1956: "Medical Effects of the Atomic Bomb in Japan", McGraw-Hill, New York

P.J. Lindop u. J. Rotblat, 1981 in R. Adams u. S. Cullen: "The final epidemic: Physicians and Scientists on Nuclear War" Educational Foundation for Nuclear Science, Chicago

H.J. Geiger, 1982 in E. Chivian et al.: "Last Aid, the medical dimensions of nuclear war", p. 137, W.H. Freeman, San Francisco

F.R. Ervin, J.B. Glazier, S. Aronow, D. Nathan, R. Coleman, N.C. Avery, S. Shohet u. C. Leeman, 1962. New Engl. J. Med. 266, 1126-1155

H.L. Abrams u. W.E. von Kaenel, 1981, New Engl. J. Med. 305, 1226-1232

"Hiroshima and Nagasaki: The physical, medical and social effects of the atomic bombings". 1981. Edited by the Committee for the compilation of materials on damage caused by the atomic bombs in Hiroshima and Nagasaki. Basic Books, New York

T. Ohkita, 1975, J. Rad. Res. Suppl. 49-66

H.-P. Dürr, H.-P. Harjes, M. Kreck u. P. Starlinger (eds.), 1983, "Verantwortung für den Frieden", Spiegelbuch 45



**Keine Zusammenarbeit mit
Rüstungsindustrie und Militär**

**Ja zur
Zivilklausel!**

Vortragsmanuskript von Torsten Bultmann
(BdWi) für die Veranstaltung des AK
Zivilklausel der Uni Köln am 2. Mai 2013

http://www.zivilklausel.uni-koeln.de/vortrag_freiheit-und-verantwortung.htm

Freiheit und Verantwortung der Wissenschaft

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es hat sich herumgesprochen, dass im Dezember 2012 die baden-württembergische Wissenschaftsministerin Theresia Bauer im Namen ihres Ministeriums ein Positionspapier veröffentlichte, das den ungeheuer bedeutungsschweren Titel »Verantwortung der Wissenschaft statt gesetzlicher Zivilklauseln« trägt.¹ Es dürfte sich dabei um eine Reaktion auf die anhaltenden – und nicht entschiedenen – Auseinandersetzungen innerhalb der Grünen und auf den politischen Druck aus der Hochschulöffentlichkeit handeln, verbindliche Zivilklauseln einzuführen. Gleich auf der ersten Seite heißt es: *»Zivilklauseln, die auf das Verbot von Forschungsvorhaben zielen, deren Ergebnisse militärisch nutzbar sein könnten, sind rechtlich nicht zulässig. Sie schränken die im Grundgesetz garantierte Wissenschaftsfreiheit in unzulässiger Weise ein und sie gefährden die Autonomie und Leistungsfähigkeit der Wissenschaft.«*



Politisch ist dies eine Rolle rückwärts, da sich die Öffentlichkeit hartnäckig daran erinnert, dass sowohl die Grünen als auch die SPD im Landtagswahlkampf, der dann zur Ablösung der schwarz-gelben Mappus-Regierung geführt hat, das Gegenteil versprochen haben: die verbindliche Einführung einer Zivilklausel nicht nur im KIT-Gesetz, sondern auch im Landeshochschulrecht.

Die Berufung auf ein Grundrecht (Grundgesetz Art. 5 Abs. 3) als Begründung für die Ablehnung der Zivilklausel ist natürlich eine große Münze und verlagert die Debatte ins Grundsätzliche. Ich will daher im Folgenden einige Überlegungen anbieten, wie sich die gesellschaftlichen Vorstellungen über die »Freiheit der Wissenschaft« in der historischen Perspektive entwickelt haben, versuche mich dann an einer rechtlich-politischen Einordnung der aktuellen Kontroverse und nenne zum Schluss einige Argumente für die Zivilklausel als Ermöglichung von Freiheit und (gesellschaftlicher) Emanzipation.

Die »Freiheit der Wissenschaft« (FdW) taucht erstmalig in einem deutschen Rechtstext durch Initiative des Historikers Friedrich Dahlmann im Verfassungsentwurf der Frankfurter Paulskirche (1848) auf. Die Forderung danach ist natürlich wesentlich älter. FdW gehört zum Ensemble der klassischen bürgerlichen Grundrechte in ihrer Funktion als Abwehrrechte gegen Fremdbestimmung – und damit als Voraussetzung für Selbstbestimmung und Selbstgesetzgebung. Historisch haben sich die damit verbundenen Vorstellungen schrittweise durchgesetzt im Zuge der Emanzipation der Wissenschaft von der Religion und feudal-absolutistischer Bevormundung. Ein vorläufiger Höhepunkt in diesem Prozess ist die Gründung der Berliner Universität (1810) auf Initiative Wilhelm von Humboldts. Auf diese Weise entstand überhaupt erst in ihren Anfängen eine geschützte autonome institutionelle Sphäre wissenschaftlicher Vernunft und Erkenntnis mit eigenen Regeln.

Als Schutz- bzw. Abwehrrecht ist Freiheit rein formal und ausschließlich *negativ* bestimmt: Freiheit von etwas. Das ist zweifelsfrei eine notwendige Stufe der Entfaltung des Freiheitsbegriffes, aber nie dessen abschließende Definition. Wenn man auf dieser Reflexionsstufe stehen bleibt, lässt sich keinerlei positive Bestimmung über die gesellschaftlichen Ziele und Zwecke von Wissenschaft gewinnen. Es ist die formale Freiheit, Vernichtungswaffen zu erfinden ebenso wie die Freiheit, einen Beitrag zur Lösung des Weltungerproblems zu leisten. Anders gesagt: Wenn ich etwas verhindern will, indem ich mich formal auf die »Freiheit der Wissenschaft« berufe, aber sonst nichts weiter sage, dann habe ich im Grunde genommen auch nichts gesagt und mich der eigentlichen Diskussion entzogen.

Dieser Selbstwiderspruch des Freiheitsbegriffes allgemein – nicht allein der Wissenschaftsfreiheit – war den bedeutenden Denkern und Philosophen durchaus bekannt und wurde von ihnen reflektiert. In den zwischen 1822/23 und 1830/31 gehaltenen »Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte« von Hegel findet sich etwa die Bemerkung: *»Das ist der ewige Mißverstand der Freiheit, sie nur im formellem, subjektivem Sinne zu wissen, abstrahiert von ihren wesentlichen Gegenständen und Zwecken...«*² Die Entfaltung in »Gegenständen und Zwecken«, d.h. im Denken, Handeln, in der Praxis, ist damit der eigentliche Inhalt der Freiheit. An anderer Stelle heißt es: *»Man muß, wenn von Freiheit gesprochen wird, immer wohl achtgeben, ob es nicht eigentlich Privatinteressen sind, von denen gesprochen wird.«*³ »Privat« ist hier buchstäblich als Entgegensetzung zu Allgemeininteresse gedacht, dem sich die fortgeschrittenste Philosophie der Zeit verpflichtet fühlte. Die Aussage lässt sich so interpretieren, dass gerade weil der Freiheitsbegriff in der öffentlichen Meinung derartig positiv, viel versprechend und emphatisch besetzt ist, jedoch zugleich in der häufigsten sprachlichen Verwendung inhaltlich unbestimmt und vage bleibt, er sich gerade deswegen dazu eignet, bornierte Partikularinteressen damit zu tarnen. So ist es auch heute einfacher, sich formalistisch und inhaltsfrei auf »Freiheit« zu berufen statt politisch einzugestehen, eine Kooperation mit der Kriegswirtschaft für sich als Wissenschaftler nicht ausschließen zu wollen.

Es gibt eine lange Geschichte der Interpretation von GG 5,3 durch das Bundesverfassungsgericht (BVG). Diese ist wesentlich komplexer und differenzierter als der Wissenschaftsfreiheitsbegriff des eingangs zitierten Bauer-Papiers. Sie schwankt zwischen den Polen, Wissenschaftsfreiheit einerseits als (negatives) Individualrecht zu definieren, aber andererseits auch als Recht kompletter wissenschaftlicher Institutionen (>institutionelle

Wissenschaftsfreiheit). Letzteres ist nur möglich und überhaupt denkbar in Verbindung mit Verfahren der Willensbildung und Entscheidungsfindung. Diese legt etwa das berühmte Karlsruher Mitbestimmungsurteil von 1973 fest. Es wird einerseits – zu recht – interpretiert als Einleitung der Entdemokratisierung der Hochschulreform, weil es sich richtete gegen die Drittelparität in Hochschulgesetzentwürfen einzelner Bundesländer (Bremen, Niedersachsen) und eine zwingende Professorenmehrheit in grundlegenden akademischen Fragen vorschreibt. Gleichzeitig wird aber damit positiv die Gruppenuniversität definiert, wenn auch mit ungleicher Stimmengewichtung der einzelnen Statusgruppen. Das heißt aber auch, dass Willensbildung im Sinne von Mehrheitsentscheidungen möglich ist. Ergo: Hochschulgremien können für Ihre Einrichtung Ziele definieren, nicht zuletzt im Sinne auch einer Zivilklausel. Wenn sich folglich die Selbstverpflichtung auf zivile Forschungsziele gegen die *individuellen* Forschungsinteressen einzelner Professoren der Hochschule richtet, ist dies rechtlich zulässig. Der Widerspruch zwischen Wissenschaftsfreiheit (FdW) und Zivilklausel, den das Bauer-Papier aufmacht, existiert folglich nicht.

Positiv gesagt: Die Definition von FdW ist immer ein Resultat der Abwägung unterschiedlicher – teilweise konkurrierender – Interessen und Rechte (wie bei den meisten Rechtsinterpretationen übrigens auch). In dem Moment, wo ich dies versuche, begeben sich auf das Terrain der Politik. Materialistisch kann ich Freiheit immer nur definieren als ein *gesellschaftliches Verhältnis*, d. h. als ein Verhältnis verschiedener Interessen zueinander. Nur so gewinnt der Begriff überhaupt erst einen gesellschaftlichen Inhalt. Daher wird es auch nie eine abschließende, objektive, politisch konsensfähige oder gar essentialistische Definition von Wissenschaftsfreiheit geben. Das Ganze ist vielmehr eine Frage politischer Kräfteverhältnisse und der Erlangung öffentlicher Definitionsmacht. So kann man selbst in der Zeitschrift des konservativen *Deutschen Hochschulverbandes (DHV)*, der *Standesorganisation der Universitätsprofessoren*, folgendes lesen: »Eine Berufung auf das Forschungsfreiheitsprinzip ist deshalb nie dazu geeignet, eine öffentliche Auseinandersetzung über die Ziele und Mittel der Wissenschaft zu ersetzen. Sie sollte nie das Ende, sondern idealerweise immer Anfang einer solchen Diskussion markieren.«⁴

Wenn die Auseinandersetzungen um die Verallgemeinerung von Zivilklauseln erfolgreich sein sollen, empfehle ich zum Abschluss nicht allein pazifistisch-gesinnungsethisch, sondern konkret-historisch zu argumentieren. Dafür einige wenige Beispiele.

Der aktuelle Umbau der Hochschulen folgt dem wettbewerblichen Leitbild der »unternehmerischen Hochschule«. Das heißt, dass die Ziele der Wissenschaft zunehmend weniger durch kooperative Vereinbarungen, sondern indirekt und *von außen* bestimmt werden. Nun wissen wir aber, dass emanzipatorische, d.h. soziale, ökologische und im weitesten Sinne anti-militaristische Zielsetzungen nicht durch Wirtschafts- und Wissenschaftsmärkte selbst hervorgebracht werden können, sondern politisch implementiert werden müssen. Das öffentliche Hochschulsystem (mit einem weitgehenden Verbot von Geheimhaltung) ist dafür der am meisten geeignete Ort. So sollten Zivilklauseln nicht nur unter dem Aspekt der *Verhinderung*, sondern vor allem unter dem der *Ermöglichung* diskutiert werden: als Selbstverpflichtung der Hochschulen an humanen Lösungen globaler Krisen und Konflikten mitzuwirken. Das bezieht sich nicht nur auf explizit anti-militärische Forschungsziele, sondern bedeutet etwa auch die wissenschaftliche Herausforderung einer gerechten globalen Verteilung von Lebenschancen und Ressourcen, zumal die meisten kriegerischen Konflikte in Ressourcenausschöpfung wurzeln.

Dem entgegengesetzt wird Krieg zunehmend zu einem akzeptierten Mittel der Politik im Sinne globaler Interventionsfähigkeit – nicht zuletzt für privilegierte globale Ressourcensicherung. Das geht einher mit dem Versprechen sog. »sauberer Kriege« infolge technologischer Fortschritte (Drohnen, Robotronik). In dem Sinne stehen wir offenbar am Anfang einer neuen Runde des technologischen Wettrüstens, womit auch das Interesse der dies betreibenden Kräfte an der Hochschulforschung wächst. In der Friedensforschung war es immer unbestritten, dass Wettrüsten eine eigenständige Verstärkung von Kriegsgefahr bedeutet, weil es darauf abzielt, asymmetrische Vorteile in hypothetischen Gefechtssituationen zu erlangen. Damit verbunden ist die Neigung, diese Vorteile im Sinne der Durchsetzung politischer Interessen zu nutzen, auch in Formen der Erpressung unterhalb direkter Gewaltanwendung.

Schließlich gibt es neben expliziter Wehrforschung einen wachsenden Graubereich der Überlappung ziviler und militärischer Forschungsansätze. Exemplarisch dafür ist der Streit um den Sonderforschungsbereich 700 an der FU Berlin. Es handelt sich dabei um die Aktualisierung der alten *Dual-Use*-Problematik. Das Bauer-Papier widmet dieser ein eigenes Kapitel (S. 3-4), das in der Behauptung gipfelt, eine Zivilklausel würde ohnehin ins Leere laufen, da die Unterscheidung zwischen »zivil« und »militärisch« immer schwieriger würde. Schlimmerenfalls würde sie zum Verbot ziviler Forschung führen, da deren Ergebnisse auch militärisch genutzt werden könnten. Zunächst stellt sich hier die Frage, ob der (interessengeleitete) *gesellschaftliche Gebrauch* von Forschungsergebnissen, zu dessen jeweiliger Ausprägung es immer auch Alternativen gibt, überhaupt Gegenstand von hochschulinternen Debatten sein kann/darf? Seit der Hochschulreformbewegung der 60er-Jahre des vorigen Jahrhunderts wird diese Frage als Ausdruck der gesellschaftlichen Verantwortung der Wissenschaft, die nicht an der Hochschultür aufhört, wohl überwiegend bejaht – der Elfenbeinturm existiert nicht mehr. Dann wird aber umgekehrt ein Schuh draus: Gerade weil die Dual-Use-Problematik existiert, ist die Zivilklausel umso dringlicher. Sie verpflichtet zur ständigen öffentlichen Reflexion dieser Problematik und gegebenenfalls zur Warnung vor einer missbräuchlichen Nutzung von Forschungsergebnissen.

Die Zivilklausel war daher nie so wichtig wie heute – und ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit!

¹ [http://mwk.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/pdf/forschung/Zivilklausel/Positionspapier .pdf](http://mwk.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/pdf/forschung/Zivilklausel/Positionspapier.pdf).

² G.W.F. Hegel, 1986: Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte; in ders.: Werke Band 12, Frankfurt a. M., S. 59.

³ A.a.O. S. 511.

⁴ Torsten Wilholt: Forschungsfreiheit – nichts als leere Standesrhetorik? In: Forschung & Lehre 12/12, S. 984-986 (hier: 986).

Siehe auch NachDenkSeiten 19. Juni 2013 Ziff. 19 <http://www.nachdenkseiten.de/?p=17675#h19>

Stellungnahme von Campusgrün Baden-Württemberg und der Landeskoordination der Juso-Hochschulgruppen Baden-Württemberg:

Campusgrün Baden-Württemberg und die Landeskoordination der Juso-Hochschulgruppen Baden-Württemberg sprechen sich gemeinsam für die Einführung einer landesweiten Zivilklausel in Baden-Württemberg aus.

Universitäten als Orte der Wissensvermittlung und der Forschung tragen eine große ethische und moralische Verantwortung, die auch Folgen für die Ausrichtung ihrer Forschungs- und Lehraktivitäten haben muss. Aus diesem Grund müssen insbesondere Regelungen für die Militärforschung an zivilen staatlichen Hochschulen gefunden werden.

Wir fordern die Regierungsparteien auf, ein Gesetzesvorhaben zur Einführung einer Zivilklausel zu initiieren. Dabei verweisen wir darauf, dass bundesweit bereits vor 2010 fünf Zivilklauseln an einzelnen Hochschulen existierten und sieben weitere in der Zwischenzeit eingeführt worden sind. Gemäß der Argumentation der Regierungsparteien, dass Zivilklauseln generell gegen die Wissenschaftsfreiheit verstießen, wären diese Zivilklauseln rechtswidrig.

Das Argument der angeblichen Beschneidung der Wissenschaftsfreiheit berücksichtigt außerdem nicht den hauptsächlichen Zweck einer Zivilklausel: Die Finanzierung militärischer Forschung an öffentlichen zivilen Einrichtungen, also Universitäten, zu verhindern, und nicht militärische Forschung insgesamt zu verbieten.

Selbstbeschränkungen an den einzelnen Hochschulen sind für uns zwar ein Schritt in die richtige Richtung, dennoch fordern wir die landesrechtliche Festschreibung einer „zivilen und friedlichen Forschung und Lehre“. Bereits in ihren Wahlprogrammen haben SPD und Grüne die Richtigkeit und Rechtmäßigkeit einer solchen Regelung erkannt. Insbesondere die Regierungsmitglieder Kretschmann, Bauer und Schmid unterstützten persönlich die Forderung nach einer Zivilklausel am Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Sie sind daher ebenso wie die Regierungsfaktionen dazu aufgerufen, den in der vorherigen Legislaturperiode eingebrachten Antrag zum KIT-Gesetz als Grundlage für die Festschreibung einer Zivilklausel im Landeshochschulgesetz und im KIT-Gesetz zu verwenden. Der damalige Gesetzentwurf muss allerdings um eine Regelung erweitert werden, die sicherstellt, dass vollständige Transparenz hergestellt werden muss. Dazu zählt die vollständige Veröffentlichung der Forschungsergebnisse und der Herkunft der Mittel. Die Öffentlichkeit muss die Möglichkeit erhalten zu überprüfen, welche Projekte mit welchen Mitteln an den Hochschulen erforscht werden.

Campusgrün Baden-Württemberg und die Landeskoordination der Juso-Hochschulgruppen Baden-Württemberg erwarten, dass die Landesregierung bzw. die Re-

gierungsfractionen im Zuge der Novellierung des Landeshochschulgesetzes die Fest-
schreibung einer landesweiten Zivilklausel in Angriff nehmen.

Vorstand Campusgrün Baden-Württemberg:
vorstand@campusgruen-bawue.de (Constanze Erhard)

Landeskoordinierung Juso-Hochschulgruppen Baden-Württemberg:
tim.baltruschat@web.de
jessirauch@aol.de
lukas.kurz@gmx.net
marieke.reiffs@gmx.de

Von: Constanze Erhard
Gesendet: Donnerstag, 6. Juni 2013 22:03
Betreff: [CGBW-Landesvorstand]
Gemeinsame Erklärung Zivilklausel Campusgrün + Jusos

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei erhalten Sie die gemeinsame Erklärung
von Campusgrün Baden-Württemberg und der
Landeskoordinierung der Juso-Hochschulgruppen
Baden-Württemberg zur Einführung einer Zivilklausel.

Mit freundlichen Grüßen,

Constanze Erhard
Campusgrün BaWü

17. Mai 2013 Beitrag für heise telepolis (unveröffentlicht – vorab für die TeilnehmerInnen des Vorbereitungstreffens am 19. Mai in Kassel für die dezentralen antimilitaristischen Aktionstage)

„Schluss mit der Militarisierung der Köpfe!“

Interview mit Dietrich Schulze über die größer werdende Bedeutung der Militärforschung an deutschen Universitäten und den wachsenden Widerstand hiergegen, der im Juni in bundesweiten Aktionstagen münden soll.

Von Jens Wernicke *

Herr Schulze, Sie sind als [ehemaliger Betriebsratsvorsitzender](#) des KIT stark involviert in die so genannte „Zivilklauselbewegung“. Diese ruft für den Juni zu bundesweiten [Aktionstagen](#) auf. Worum geht es?

Die Aktionstage 13.-15. Juni sind eine gemeinsame Initiative von Kampagnen für militärfreie Schulen und Hochschulen, die an eine ähnliche im [Herbst letzten Jahres](#) anknüpft.

Konkret geht es darum, der Bundeswehr den [Einfluss auf die Schulen](#) streitig zu machen, also beispielsweise die Kooperationsvereinbarungen mit einzelnen Kultusministerien ersatzlos zu streichen und Beispiele von Schulen zu würdigen, die per Schulkonferenzbeschluss die Bundeswehr nicht an ihrer Schule haben wollen. Drei davon wurden kürzlich stellvertretend mit dem [Aachener Friedenspreis](#) ausgezeichnet. Damit sollen der Mut und die Courage von Schülern, Lehrkräften und Eltern gewürdigt und gleichzeitig ein Signal gegen den Mainstream der Militarisierung in unserer Gesellschaft gesetzt werden. Junge Menschen sollen sich für Freiheit und Gerechtigkeit in Frieden, ohne Gewalt und Krieg, stark machen.

Genau darum geht es auch an den Hochschulen, die wegen nicht ausreichender Grundfinanzierung über dubiose Drittmittel verbunden mit befristeten Verträgen in die Arme der Militärs, der Rüstungsindustrie und von mächtigen Privatfirmen getrieben werden. In über 40 Hochschulen wird im naturwissenschaftlichen, medizinischen und sozialwissenschaftlichen Bereich [für Bundeswehr, Rüstung und Krieg geforscht](#) und gelehrt. Dazu kommen enorme Mittel aus dem „zivilen Haushalt“ des Bundesforschungsministeriums, mittels derer zum Beispiel unter dem [Deckmantel „Sicherheitsforschung“](#) militärische Zwecke bedient werden.

Es bedarf keiner besonderen Phantasie, um zu erkennen, dass die Militarisierung der Bildung ein wesentlicher Aspekt der Militarisierung der Außenpolitik ist. Die Jugend soll „humanitäre“ Interventionskriege für Rohstoffe auf fremdem Boden und gehorsame Regierungen als selbstverständliche nationale Interessen begreifen und unterstützen.

Als [Sternstunde der Demokratie](#) habe ich es deshalb begriffen, als kürzlich Vorwärtsverteidigungsminister de Maizière in der HU Berlin solange mit tosendem „Beifall“ bedacht wurde, bis er seine Propaganda-Show abbrechen musste.

Und worum geht es bei den Zivilklauseln an Hochschulen genau? Wie viele machen schon mit?

Wenn das Ausmaß an Militarisierung und Anpassung betrachtet wird, muss es erstaunen, dass in den letzten drei Jahren sieben neue Hochschulen mit Zivilklauseln zu den zuvor bereits vorhandenen fünf dazu gekommen sind.

Eine abrechenbare und wirklich [ermutigende Zwischenbilanz der Zivilklauselbewegung](#).

Die Zivilklausel bedeutet dabei vor allem eine verbindliche Festlegung, für vernünftige zivile statt für militärische Zwecke zu arbeiten. Damit wird die Zivilcourage jedes einzelnen Hochschulangehörigen gestärkt, jedoch nicht ersetzt.

Voraussetzungen für die „Re-Zivilisierung“ der Hochschulen sind dabei stets aber auch eine allseitige Wachsamkeit sowie die für eine Überprüfung vor Ort notwendige [Transparenz](#). Das heißt die zumindest hochschulöffentliche Bekanntmachung aller Drittmittel-Vorhaben in Bezug auf Geldgeber, Zeitraum, Projektverantwortlichkeit, Finanzvolumen, Zielsetzung und Fragestellung bereits [vor Beginn des Projekts](#).

Um es auf den Punkt zu bringen: Die Zivilklausel muss immer auch gelebt werden. Schluss mit der Militarisierung der Köpfe!

Aber schränkt das nicht die Freiheit von Forschung und Lehre ein?

Ja, aber das ist eine verfassungsrechtlich zulässige Selbstbindung, die die einzelnen Wissenschaftler eben nicht unzulässig einschränkt. Das hat die TU Darmstadt im Zusammenhang mit ihrem Zivilklausel-Beschluss im letzten Oktober [ausführlich juristisch untermauert](#). Bereits Anfang 2009 hat dies zudem der [Verfassungsrechtler Erhard Denninger](#) für das KIT-Gesetz analysiert und dafür auch die „Friedensfinalität“ des Grundgesetzes in Erinnerung gerufen. Niemand hat zu diesem Standardwerk ein Gegen-Gutachten verfasst, warum wohl?

Tatsächlich ist das Gerede über die angebliche Nichtvereinbarkeit der Zivilklausel mit der Verfassung nichts als heiße Luft, mit der die mangelnde eigene Zivilcourage gegen den Druck aus Ministerien und Mainstream verdeckt werden soll.

Eine offensichtliche Einschränkung der Freiheit der alma mater folgt jedoch aus der zuvor angesprochenen Drittmittel-Abhängigkeit. Diese wird allerdings von all jenen [Freiheitsaposteln](#), die am lautesten die Posaune der Wissenschaftsfreiheit blasen, bewusst ignoriert.

Aber, ...die Bundeswehr sichert doch den Frieden und ist nicht etwa so etwas wie eine „Angriffsarmee“ – woher also diese so eindeutige Kritik an, wie viele meinen werden, eben auch gesellschaftlich sinnvoller und notwendiger Forschung?

Das mit der Friedenssicherung darf inzwischen [getrost bezweifelt](#) werden – beispielsweise in Bezug auf Jugoslawien/Kosovo und auch Afghanistan. Denn welcher Friede wurde dort geschaffen?

Ein Blick in die Geschichte sei erlaubt. In vielen öffentlichen Veranstaltungen wird derzeit anlässlich des 80. Jahrestags des faktischen Beginns des zweiten von deutschem Boden ausgehenden Weltkrieges und an dessen Millionen Opfer gemahnt. [Ohne den damaligen Militarismus wäre der Holocaust nicht möglich gewesen](#). Welche Schlüsse wurden hieraus vor 68 Jahren quer durch alle politischen und weltanschaulichen Richtungen gezogen? Nun, "Nie wieder Krieg" hieß damals ["Nie wieder deutsches Militär"](#).

Angesichts der heutigen Pulverfässer Nahost und Pazifik ist es mehr als berechtigt, sich auf den damaligen [pazifistischen Grundkonsens](#) zurückzubedenken und gemeinsam einen neuen anzustreben. Der Beginn könnte, und damit komme ich zurück zum Thema Militarisierung von Forschung und Lehre, hier beispielsweise mit der

Beerdigung der [Kampf- und Überwachungsdrohnen](#) sowie der zugehörigen Drohnenforschung gemacht werden.

Drei weniger bekannte Forschungsgebiete sind zudem: [Aufstandsbekämpfung](#) in der so genannten „Dritten Welt“, Flüchtlingsbekämpfung an den EU-Grenzen sowie ein möglicher Einsatz gegen missliebige Demonstrationen im Landesinneren. Hieran forschen eine ganze Reihe von Hochschulen, darunter [Tübingen](#) und das [KIT Karlsruhe](#). Letzteres nennt ihr von Rüstungswissenschaftlern gesteuertes Millionen-Projekt „Kognitive Landfahrzeuge“ – für militärische Zwecke heißen die Dinger schlicht „Killer-Roboter“. Verleumdung? Urteilen Sie selbst: Im Januar berichtete ein Wissenschaftler aus diesem KIT-Projekt auf einer Wehrtechniktagung unter dem Titel [„Urban Operations“](#) über Indoor-Navigation von Minidrohnern in Großstädten der „Dritten Welt“. Gerade ist das KIT zudem dabei, die bereits existierende Zusammenarbeit mit dem überwiegend militärisch orientierten [Fraunhofer-Institut IOSB](#) in Karlsruhe mittels einer [Doppelberufung](#) zu vertiefen. Wen wundert es da also, dass sich die KIT-Leitung von Beginn an gegen die Zivilklausel gestäubt hat.

Gäbe es denn so etwas wie ... sinnvolle Alternativen zu der von Ihnen kritisierten Forschung?

Für die Uni Bremen wird seit Beginn der Auseinandersetzungen über die von einem auch militärisch orientierten Satelliten-Konzern geforderte Abschaffung der Zivilklausel das Gegenteil einer durch diesen geförderten [Stiftungsprofessur](#) gefordert, nämlich die Einrichtung eines [Lehrstuhls für Rüstungskonversions-Forschung](#)! Das ist für den Rüstungsstandort Bremen besonders sinnfällig. Und, immerhin: Am 13. Mai hat der SPD-Landesparteitag den Juso-Antrag [„Rüstungskonversion fördern!“](#) beschlossen. Damit das nicht nur ein schöner Antrag bleibt, ist natürlich noch viel zu tun, besonders in Zusammenarbeit mit noch zu gründenden Initiativen der betroffenen Beschäftigten.

Zudem gibt es ein enorm wichtiges und einschlägiges Forschungsthema für fast alle Hochschulen, nämlich die effektive Bekämpfung der sich anbahnenden Klimakatastrophe. [Lutz Wicke](#), Direktor des Instituts für Umwelt-Management an der Wirtschaftshochschule ESCP Europe und langjähriger Wissenschaftlicher Direktor am Umweltbundesamt, hat dazu erst kürzlich „Zehn Thesen über das katastrophale Versagen einer überlebensbedeutsamen Wissenschaftsdisziplin und die letztmögliche Chance zur Verwirklichung ihres eindeutigen Auftrags“ verfasst. Meiner Ansicht nach sollten diese Thesen an allen Hochschulen dringend diskutiert und entsprechende Schlüsse aus ihnen gezogen werden. Das wäre dann Friedensarbeit par excellence - ebenso wie die Abkehr von Atomwaffen, Atomwirtschaft und [Atomreaktorforschung](#). Die Wirkungen von Umweltkatastrophen könnten die von globalen Kriegen sonst alsbald womöglich noch in den Schatten stellen.

Und die Zivilklausel wird also für friedliche Forschung und Entwicklung an unseren Hochschulen sorgen?

Nein, nicht von selbst. Die benannten Beispiele, Militärisches abzulehnen und Ziviles auf- bzw. auszubauen, können selbstverständlich auch ohne Zivilklausel in Angriff genommen werden. Die Festschreibung einer Zivilklausel schafft allerdings für alle Hochschul-Angehörigen eine gemeinsame Handlungsgrundlage für konstruktive Friedensbeiträge, die, wie sich gezeigt hat, oft eine anziehende Wirkung auf die häufig auf sich allein gestellten Wissenschaftler und Studierenden entfaltet. Und das vor allem, denke ich, hat bisher zum Wachstum der Zivilklauselbewegung beigetragen.

Aber auch ganz andere überraschende Schlussfolgerungen wurden zwecks der Unterminierung dieser Anziehungskraft bereits gezogen. Verantwortliche des Politikwissenschaftlichen Instituts der Uni Tübingen beispielsweise haben die dortige Zivilklausel in unverantwortlicher Weise zu einer „Friedensklausel“ degradiert, die mit der [Honorarprofessur des Kriegstrommlers](#) und Chefs der Münchener „Sicherheitskonferenz“ Wolfgang Ischinger ebenso wie mit solcher der Abwehr dienender Drohnen- und Chemiewaffenforschung als kompatibel erklärt wird, weil all dies ja dem „Frieden“ diene – prost! Zu diesem Zweck derlei „Umwidmung“ der Zivilklausel wurde sogar extra eine komplette Ringvorlesungsreihe organisiert. Das Buch hierüber, welches unter dem scheinheiligen Titel [„Zivilklauseln für Forschung, Lehre und Studium - Hochschulen zum Frieden verpflichtet“](#) erschien, geht inzwischen quer durchs Land auf Dienstreise. Seine übersetzte Placebo-Botschaft lautet: Zivilklausel natürlich, aber bitte mit einer möglichst allgemeinen Formulierung und einer [Orwellischen Auslegung](#), die den Rüstungsforschungsfreunden auch ja nicht den Appetit verdirbt. Doch die Zivilklauselbewegung wird auch mit dieser neuartigen [Umarmungsstrategie](#) fertig werden.

Im Zusammenhang mit dem anfangs benannten Aktionstag wird zudem an einer öffentlichkeitswirksamen Unterschriften-Sammlung gearbeitet, die den Titel „Lernen für den Frieden - Keine Rüstungsindustrie und kein Militär in Bildungseinrichtungen“ tragen wird.

Wie dringend das nötig ist, wurde beispielsweise im Jahr 2011 in einem [internationalen Appell](#), der von vielen führenden Wissenschaftlern sowie einigen Nobelpreisträgern mitunterzeichnet wurde, deutlich gemacht. In diesem heißt es unter anderem: „Freedom of thought and ideas for a peaceful, sustainable and just world are universal human rights. Today, they are threatened in many places, including even the universities around the world. Growing militarization of academic research in not only engineering and natural sciences, but also humanities, is further eroding those rights. Immediate steps need to be taken to reverse this process.“ Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

Weiterlesen:

IMI-Studie [„Hochschulen forschen für den Krieg“](#)

Streitschrift [„Jetzt entrüsten!“](#)
(mit einem Vorwort von Heribert Prantl)

Broschüre [„Stoppt Kriegsforschung an Hochschulen!“](#)

Broschüre [„Commit Universities to Peace“](#)

Zur Person: Dr.-Ing. Dietrich Schulze war von 1966-2005 im Kernforschungszentrum Karlsruhe (jetzt KIT) tätig, anfangs als wiss. Mitarbeiter in Hochenergiephysik-Projekten und später als Betriebsratsvorsitzender. Er arbeitet in der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten WebDoku: www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf und ist Beiratsmitglied der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit e.V.
Kontakt: dietrich.schulze@gmx.de

* **Jens Wernicke** studierte an der Bauhaus-Universität Weimar Medien- und Kulturwissenschaften, war im Vorstand des freien Zusammenschlusses von student-Innenschaften (fzs) e.V. tätig und ist seit 2011 Referent für Bildungspolitik bei der GEW Hessen.
Kontakt: jwernicke@gew-hessen.de

Whistleblowerin Irma Kreiten

Irma Kreiten (geb. 1977 in Pforzheim) hat in Leipzig, Thessaloniki und Tübingen Geschichte und Ethnologie studiert. Nach ihrem Magisterabschluß an der Universität Tübingen im Jahr 2004 war sie von 2005-2008 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Tübinger Sonderforschungsbereich „Kriegserfahrungen“ angestellt, wo sie die schleichende Militarisierung der deutschen Geisteswissenschaften unmittelbar miterlebte.

Obwohl ihr Forschungsvorhaben formal genehmigt wurde, geriet sie mit ihrem Projekt zur Erforschung des weitgehend unbekannten Völkermords an den Tscherkessen unter massiven Druck. Ihr wurde u.a. nahegelegt, auf die Untersuchung genozidaler Gewalt zu verzichten und keine Kontakte zu den Nachkommen der Überlebenden aufzunehmen. Sie wurde gedrängt, sich auf die Perspektive der Täter einzulassen und die Geschichte der militärischen Nutzbarmachung von Völkerkunde aufzuarbeiten. Hierbei spielten auch persönliche Überschneidungen mit militärischen Einrichtungen und Kontinuitäten nationalsozialistischer Großforschungsprogramme in Forschungsvorhaben der Bundesrepublik eine Rolle.

Nachdem sie sich weigerte, Kolonialgewalt zu verharmlosen und die Verbrechen an den Tscherkessen zu leugnen, wurde sie von der Leitung des Sonderforschungsbereichs gemobbt, für ihr Forschungsprojekt vorgesehene Gelder wurden einbehalten. Als sie 2008 die von ihr beobachtete fehlende Autonomie des

Sonderforschungsbereichs und das Thema gesellschaftlicher Verantwortung in der Wissenschaft anzusprechen versuchte, wurde ihr von Seiten der Universität mit juristischen Schritten gedroht.

Über die Behinderung ihres Forschungsprojektes, Eingriffe in ihre Forschungsfreiheit und die verdeckte Einbindung geisteswissenschaftlicher Forschung an der Universität Tübingen in militärische Interessenkomplexe hat sie über viele Jahre nicht sprechen können, auch wegen der daraus entstandenen gesundheitlichen und beruflichen Beeinträchtigungen.

Erstmals hat sie sich im November 2012 in einem Gespräch mit German Foreign Policy über ihre Diskriminierung und über Wissenschaftsfreiheit öffentlich geäußert:

- Interview mit German Foreign Policy „Kriegserfahrungen“ 13.11.2012
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20121112.pdf>

Die persönlichen Auswirkungen dieser fehlenden Wissenschaftsfreiheit hat sie im März diesen Jahres in einem Artikel in der Wochenzeitung Freitag geschildert:

- „Wissenschaftsfreiheit: eine Chimäre?“ der Freitag Kultur 07.03.2013
<http://www.freitag.de/autoren/irma-kreiten/wissenschaftsfreiheit-eine-chimaere>

Irma Kreiten lebt seit 2009 in Istanbul. Sie hat an der Yeditepe-Universität unterrichtet und arbeitet eng mit zivilgesellschaftlichen Initiativen der nordkaukasischen Minderheit in der Türkei zusammen.

Kontakte:

dietrich.schulze@gmx.de <http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf>
irmakreiten@gmail.com <http://soton.academia.edu/IrmaKreiten>



Whistleblowerin Irma Kreiten Welt-Premiere 17. Juni Karlsruhe

Vita 10.06.13 www.karin-binder.de/fileadmin/mdb-seiten/mdb-binder/2013/pdf/irma-kreiten.pdf

Artikel 07.03.13 www.freitag.de/autoren/irma-kreiten/wissenschaftsfreiheit-eine-chimaere

Interview 13.11.12 www.stattweb.de/files/civil/Doku20121112.pdf

Kriegsforschung an Uni Tübingen

Widerstand in Bayern bündeln!
Dietrich Schulze für Podium

ver.di/GEW_Bayern 29.06.13

Atomare Geschichtsentsorgung

Von Dietrich Schulze

Am 22. Juni berichteten die Badischen Neuesten Nachrichten in Karlsruhe (BNN) unter dem Titel „NS-Netzwerken auf der Fährte“ **[1]** über die begonnene Geschichtsaufarbeitung zur NS-Vergangenheit bei Gründern des Kernforschungszentrums Karlsruhe (FZK), das mit der Uni Karlsruhe zum Karlsruher Institut für Technologie KIT fusioniert wurde. Damit sei der Historiker Bernd-A. Rusinek beauftragt worden. Rusinek arbeitet seit 2008 im Forschungszentrum Jülich (früher Kernforschungsanlage KFA) und ist dort Leiter des Vorstandsarchivs. Ohne Details zu kennen, wirft das unmittelbar die Frage auf, ob der historisierende Beschäftigte eines Atomforschungszentrums, das selber traditionelle Probleme mit seiner NS-Vergangenheit hat, die notwendige Unabhängigkeit für diese Aufgabe aufbringen kann. Vermutlich geht es um eine ganz andere Zielstellung, wie zu zeigen sein wird.



Historiker Prof. Bernd-A. Rusinek
Quelle: <http://www.rusinek.eu/>

Worum geht es? Im September 2012 war von drei ehemaligen FZK-Beschäftigten **[2]**, darunter dem Autor, von KIT verlangt worden, die Ehrensensatorwürde für Rudolf Greifeld abzuerkennen. Greifeld war einer der FZK-Gründer und langjähriger Geschäftsführer. Anfang der 1970er Jahre wurde er aufgrund antisemitischer Äußerungen und Handlungen als SS-Kriegsverwaltungsrat in dem von der faschistischen Wehrmacht besetzten Paris enttarnt und deswegen 1974 drei Jahre vor seinem Rente vom Bundesforschungsministerium seines Postens enthoben. Die Beweisdokumente für die begründete Abschiebung sind jederzeit zugänglich. Trotzdem verzögerte das KIT-Präsidium eine Senatsentscheidung mit immer neuen Ausflüchten gegen vielfältigen öffentlichen Protest, der Ende 2012 mit einer FAZ-Veröffentlichung **[3]** ins Rollen kam.

Wenn es noch einer Erklärung für die nicht nachvollziehbare Verzögerungstaktik bedurft hätte, so wurde sie von der im KIT immer noch äußerst einflussreichen Atomlobby selber geliefert. Der Ex-Chef des Schnellbrüter-Forschungsprogramms Willy Marth schrieb Mitte April in seinem blog **[4]** eine apologetische Würdigung des Atommanagers, in der die zuvor geäußerten KIT-Ausflüchte nachgelesen werden können. Er spricht dort von „angeblichen NS-Verstrickungen“ Greifelds. In seiner eigenen Schrift „70 Jahre lang“ **[5]** vor zehn Jahren wusste er noch, dass Greifeld 1974 nach 18-jähriger Tätigkeit als administrativer Geschäftsführer die Vergangenheit aufgrund der Besatzungszeit in Paris eingeholt hatte, nachdem er den „französischen Gastwissenschaftler Dr. Leon Grünbaum - nomen est omen - den Anstellungsvertrag aufkündigte“ und Greifeld wegen rassistischer Verhaltensweisen nicht mehr zu halten war. „Er (Greifeld) musste 62-jährig, und sehr gegen seinen Willen, die Rente antreten“, schrieb Marth 2003. Nun sind daraus „angebliche NS-Verstrickungen“ geworden. Die KIT-Leitung hat das ähnlich, nur etwas vornehmer ausgedrückt.

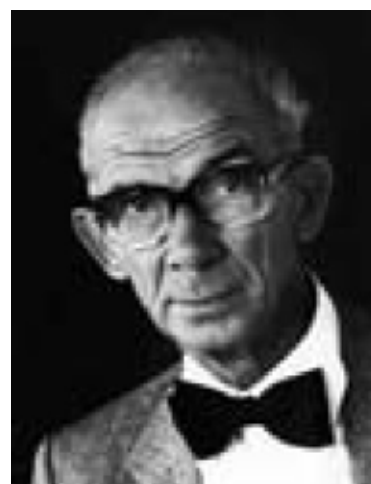
„Die Vorwürfe gegen Dr. Greifeld - so die Argumentation - müssten wissenschaftlich belastbar verifiziert werden. Der von der Ethik-Kommission des KIT hinzugezogene Fachmann sehe dafür einen Zeitbedarf von ein bis zwei Jahren.“ wurde KIT in einer Pressemitteilung [6] von 15 unterzeichnenden Gruppen und Organisationen Ende März 2013 zitiert und dazu kommentiert: „Erwiesene Fakten werden damit in zu überprüfende Vorwürfe umgedeutet. So anerkennenswert die umfassende Geschichtsaufarbeitung ist, so unverständlich ist es, dass die Entscheidung über die Aberkennung hierdurch verzögert wird. Relevante Dokumente zur Causa Greifeld, die auch seine nach 1945 ungebrochen antisemitische Haltung belegen, ebenso wie solche, die im Zusammenhang mit dem weltweit bekannten Lischka-Prozess erwachsen sind, können beim Bundesforschungsministerium sowie bei der Staatsanwaltschaft Köln jederzeit eingesehen werden. Bei gutem Willen kann der KIT-Senat somit noch im Sommersemester 2013 eine Entscheidung in der hier in Frage stehenden Angelegenheit fällen.“



Atommanager Rudolf Greifeld
Quelle: BNN 15.03.13

Was der Historiker Rusinek für die geforderte Aberkennung in seinem für Oktober 2014 (!!!) geplanten Gutachten heraus bringen wird, lässt sich aus dem eingangs erwähnten BNN-Artikel schliessen. „Aus den persönlichen Beziehungen zwischen tätigen Führungskräften erhofft er sich dann, einen »strukturorientierten Blick« auf die ersten Jahre im Forschungszentrum werfen zu können.“ Dieser Blick auf die ersten FZK-Jahre, so die BNN weiter, „könnte zu Erkenntnissen führen, die aus heutiger Sicht bedeutender sind als die Frage nach individueller Schuld oder Nicht-Schuld.“

Bis dahin soll über den NS-belasteten Atommanager Greifeld nicht mehr gesprochen werden. Und nach geschlagenen zwei Jahren wird es ein ellenlanges Gutachten über Strukturfragen geben und eine vieldeutige Antwort zu Rudolf Greifeld. Für dieses Traumergebnis aus der Sicht der Atomlobby ist Bernd-A. Rusinek unbestreitbar hoch qualifiziert. Das kann anhand seiner Veröffentlichungen ohne weiteres abgeleitet werden. Einerseits hat er sich mit der Rolle des Jülicher Greifelds namens Alfred Boettcher auseinander gesetzt [7]. Boettcher war SS-Hauptsturmführer, Physiker und Nazi-Kriegswissenschaftler in den besetzten Niederlanden und u.a. an Apparaturen für Experimente an Dachauer Häftlingen beteiligt. In den Niederlanden war er von 1945-1948 inhaftiert und ab 1960 als wissenschaftlicher Geschäftsführer der KFA Jülich eingesetzt worden. Andererseits ist Rusinek Mitautor einer Denkschrift von 2006 anlässlich des 50-jährigen KFA-Jubiläums [8], in der es zu Boettcher heißt: „Aufgrund seiner Tätigkeit als Physiker im Kriege, die aber nicht als wehrwissenschaftliche Physik anzusehen ist, war Boettcher in der Öffentlichkeit umstritten.“ In einer holländischen Dokumentation - zitiert 2007 im THTR-Rundbrief [9] - erklären die Autoren „Boettcher war ein enthusiastischer Mitarbeiter des Nazi-Systems.“ Dort wird auch auf die verhängnisvolle Rolle von Alfred Boettcher in der KFA und von Walther Schnurr (ab 1960 wissenschaftlicher Geschäftsführer des FZK) hingewiesen, die ebenso wie Greifeld an der atomaren Zusammenarbeit mit den



Nazi-Kriegswissenschaftler
Alfred Boettcher Quelle:
<http://juwel.fz-juelich.de>

damaligen Diktaturen Argentinien, Brasilien und Südafrika beteiligt waren. Rusinek hat auch über einen weiteren KFA-Gründungsvater und dessen Verwicklungen in die NS-Kriegswissenschaft sowie dessen atomare Aufbauleistungen für die neuen Herren geschrieben [10]. Sehr viel Psychologisches und Entschuldigendes für verantwortungslose Wissenschaft.

Wie kann man all diese Widersprüchlichkeiten begreifen? Gesamtbild: Intelligent klingende Relativierungen und beredte Dienstbarkeit. Deswegen wurde er für diesen Neuanlauf einer atomaren Geschichtsentsorgung ausgewählt. Dafür lässt sich das KIT nicht lumpen. Rusinek soll auch in Paris recherchieren. Greifelds Nazi-Vergangenheit in Paris, u.a. die Organisation des Hitler-Besuchs und antisemitische Dienstanweisungen, wurden von dem bereits zitierten jüdischen Physiker Leon Gruenbaum unter Mithilfe von Serge und Beate Klarsfeld aufgedeckt. Wie in einem früheren Beitrag des Autors [11] berichtet, verlor Greifeld aufgrund dieser Enthüllungen und des massiven Protestes französischer WissenschaftlerInnen seine Funktion als deutsches Lenkungsausschussmitglied in der internationalen Forschungseinrichtung Laue-Langevin (ILL) in Grenoble. Dort war er untragbar geworden und später auch in Karlsruhe.

Ernsthafte Aufklärung beschäftigt sich nicht nur mit den Tätern, sondern auch mit den Opfern. Schon jetzt ist dem Forum Ludwig Marum dafür zu danken, dass es am 19. Oktober in Karlsruhe ein Symposium [12] zu Ehren des jüdischen Wissenschaftlers Leon Gruenbaum abhalten wird. Gruenbaum hatte große persönliche Opfer zu erbringen. Aufgrund von Greifelds Diskriminierung fand er keine Beschäftigung als Physiker mehr. Er blieb aufrecht, wissenschaftlich kreativ und entwickelte sich zum Historiker. Als Referenten für das Symposium haben Serge und Beate Klarsfeld zugesagt. Die Historikerin Andrea Hoffend wird sich mit der Nazi-Restauration in Politik und Wissenschaft unter Adenauer auseinandersetzen. Aus dem Bereich der Naturwissenschaften soll eine Persönlichkeit gewonnen werden, die über die deutsche Plutonium-Politik vorträgt. Das hat sowohl einen konkreten als auch einen historischen Hintergrund. KIT forscht an Atomreaktoren der IV. Generation [13] mit Reaktoren, die dem in Kalkar beerdigten ähneln und einer atomaren Wiederaufarbeitung, die der in Wackersdorf beerdigten vergleichbar ist. Als ob es nie eine Energiewende und einen Atomausstieg gegeben hätte. Alles obendrein mit Billigung der Grün-Roten Landesregierung von Baden-Württemberg, die auch zur Causa Greifeld lauthals schweigt. Der historische Bezug ist ein dem Autor übergebenes geschichtswissenschaftliches Manuskript von Leon Gruenbaum unter dem Titel „Genesis der Plutoniumgesellschaft - Politische Konspirationen und Geschäfte“, das wegen seiner Qualität und seines Gedankenreichtums für das Symposium in Auszügen übersetzt vorgelegt werden wird. (PK)

Quellen:

[1] NS-Netzwerken auf der Fährte, Klaus Gaßner BNN 22.06.13
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20130622.pdf>

[2] Schriftwechsel mit KIT
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20121231.pdf>

[3] Geschichte eines Ehrensensors, Rüdiger Soldt FAZ 29.12.12
<http://www.faz.net/frankfurter-allgemeine-zeitung/geschichte-eines-ehrensensors-12008671.html>

[4] KIT: Dafür stand Rudolf Greifeld, blog Willy Marth 14.04.13
<http://www.rentnerblog.com/2013/04/kit-dafur-stand-rudolf-greifeld.html>

[5] 70 Jahre lang – Erlebnisse und Beobachtungen, Willy Marth September 2003

- [6] Ehrensenatorwürde für Rudolf Greifeld beenden! PM 26.03.13
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20130326.pdf>
- [7] Deutsche und niederländische Physiker, B. Rusinek (unveröffentlicht, datumslos)
<http://www.rusinek.eu/wp-content/uploads/2012/02/Deutsche-und-niederl%C3%A4ndische-Physiker-Vortrag-2001-unver%C3%B6ffentlicht.pdf>
- [8] Rückblick - 50 Jahre Zukunft, Forschungszentrum Jülich 2006
<http://juwel.fz-juelich.de:8080/dspace/bitstream/2128/2534/1/>
- [9] Nukleare „Rattenlinie“: Eichmann und EHR in Argentinien, THTR Rundbrief April 2007
<http://www.reaktorpleite.de/nr.-112-april-07.html>
- [10] Leo Brandt (1908 -1971) Ingenieur - Wissenschaftsförderer -Visionär, B. Mittermaier, B. Rusinek (Hrg.) Forschungszentrum Jülich 2009
http://juwel.fz-juelich.de:8443/dspace/bitstream/2128/3692/1/Allgemeines_06.pdf
- [11] Zerbrecht die Plutonium-Tritium-Diktatur, Dietrich Schulze 2011 in 3 Teilen bei NRhZ
 (1) Warum Alt-Nazis unter Adenauer Kernforschung betreiben sollten
<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16473>
 (2) Die Schimären Transmutation und Kernfusion am KIT in Karlsruhe
<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16511>
 (3) Die Genese der Plutonium-Tritium-Diktatur - In Memoriam Leon Grünbaum (1934 - 2004) <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16547>
- [12] Protestplakat der VVN-Bund der AntifaschistInnen Karlsruhe zum Tag der Arbeit 2013
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20130501.pdf>
- [13] Jetzt Entrüsten – Hochschulen: Zukunftswerkstätten oder „Kriegsdienstleister“? Streitschrift zur Tagung im Juni 2012 am KIT, AnStifter-Verlag Peter Grohmann, Seiten 28-33 <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20121230.pdf>

Weitere einschlägige NRhZ-Artikel des Autors:

- 27.03.13 Dem KIT-Präsidium alles längst bekannt
<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18903>
 Ehrensenatorwürde für Rudolf Greifeld wegen Nazi-Vergangenheit beenden!
- 09.01.13 KIT verschleppt Entscheidung <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18624>
 Zivilcourage gegen skandalöse Ehrensenatorwürde von Dr. Greifeld gefragt
- 19.12.12 Olivgrün gewendeter Landespatriarch
<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18537>
 Die Winfried-Kretsch-Maus-Wende in Baden-Württemberg
- 02.05.12 „Atom- und Waffenforschung“ unterbinden!
<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17736>
 Zivilklausel: KIT zivil statt militärisch weiter entwickeln!
- 27.04.11 Aber KIT öffnet sich <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16452>
 Atomforschungsprogramm in Karlsruhe bleibt strittig
- 30.03.11 Zweimal Wende eingeleitet <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16350>
 AUS für CDU-Herrschaft - BaWü-Bildungsreform und Uni-Zivilklausel JETZT

12 Unis mit Zivilklausel



Bilanz 30. Januar 2013: Fünf historische Zivilklauseln (unten) und sieben neue (oben) seit Urabstimmung am KIT Karlsruhe Jan. 2009



**NatWiss-Umfrage Natascha Bisbis
„Wissenschaft & Frieden“ 2/2010**

**»Freiheit der Wissenschaft« u. Kriegsforschung
Dietrich Schulze in 44. MV des BdWi
14. April 2013 TU Braunschweig**

Initiative gegen Militärforschung an Universitäten

▼ 22. Juni 2013 ▼
Reiner Braun Hr.Braun@gmx.net
Dietrich Schulze Dietrich.Schulze@gmx.de



INITIATIVE
GEGEN ▼ MIL
ITÄRFORSCH
UNG ▼ ANUNI
VERSITÄTEN



Web-Dokumentation

<http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf>

Volltext Streitschrift

<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20121230.pdf>

INITIATIVE
GEGEN ▼ MIL
ITÄRFORSCH
UNG ▼ ANUNI
VERSITÄTEN



Zivilklausel oder Militärforschung

Dokumentation mit Schwerpunkt Web-Berichte

Diese Dokumentation konnte im Dezember 2008 bei stattweb.de eingerichtet werden und wird dort dankenswerter Weise regelmäßig aktualisiert. Die 2008 entstandene Initiative gegen Militärforschung an Universitäten, die sich für eine einheitliche Zivilklausel am Karlsruhe Institut of Technology KIT einsetzt, dokumentiert hier Informationen und Arbeitsergebnisse der Zivilklausel-Bewegung. Im Oktober 2010 wurde beim AstA der Uni Kassel die bundesweite Initiative „Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“ gegründet.

[Sonderseite KIT der GEW Baden-Württemberg](#)
[AG Friedensforschung Beitragsverzeichnis ab 2005](#)

Karlsruher Institut für Technologie KIT, Forschungszentrum Karlsruhe, Universität Karlsruhe (TH), andere Unis, Rüstungsforschung an Hochschulen.

Die Zivilklausel hat sich zu einer Gestaltungsform für die Friedensbindung aller Hochschulen entwickelt.

22.06.12	Uni Kiel Forschung und Lehre ohne Militär Bericht junge Welt: Kieler Studenten plädieren mehrheitlich für Zivilklausel. Nicht unbegründet s. german-foreign-policy.com * Eintrag 02.05.
22.06.12	KIT Karlsruhe NS-Netzwerken auf der Fährte Geschichtsaufarbeitung. Klaus Gaßner Badische Neueste Nachrichten * Einträge 1.5. /14.4. /26.3. /22.3. /15.3. /27.2. /28.1. /5.1. /29.12.
20.06.13	Uni Kiel Mehrheit der Studenten will die Zivilklausel Meldung Kieler Nachrichten. Starker Impuls Nach Uni Karlsruhe 2009, Uni Köln 2010, FU Berlin 2011, Uni Frankfurt a.M. 2012 und Uni Kassel 2013 die Sechste (Ur)Abstimmung * Eintrag 18.06.
20.06.13	Uni Koblenz-Landau Mehrwert in allen Fähigkeitsdomänen german-foreign-policy.com über Kampfpiloten und Bundeswehr-Forschungsauftrag an Uni Voll passend zum Podium „Bundeswehr und Hochschule - Distanz oder Kooperation?“ am 27.06.



Widerstand in Bayern bündeln!
Dietrich Schulze für Podium
ver.di/GEW Bayern 29.06.13